

KANADA: TRUCKER GEGEN DEN DIGITAL-FINANZIELLEN KOMPLEX | VON ERNST WOLFF

Posted on 14. Februar 2022

*Ein Kommentar von **Ernst Wolff**.*

In Kanada ist eine Bewegung entstanden, die in kurzer Zeit eine große Anhängerschaft gefunden hat und historische Bedeutung bekommen könnte.

Begonnen hat alles am 15. Januar. Seit diesem Tag müssen alle kanadischen Grenzgänger – einschließlich Lkw-Fahrer – bei der Einreise einen Impfnachweis vorlegen oder sich für 14 Tage in Quarantäne begeben.

Aus Protest gegen diese Anordnung hat sich im Westen des Landes ein Trucker-Konvoi gebildet, dem sich in wenigen Tagen mehr als 2.000 Fahrzeuge anschlossen. Der Konvoi zog quer durch das Land und erreichte Ende Januar die Hauptstadt Ottawa.

Noch bevor die Trucker das Regierungsviertel mit etwa 500 Fahrzeugen besetzten und den Verkehr in der Stadt lahmlegten, verließ Premierminister Trudeau Ottawa mit unbekanntem Ziel – mit der Begründung, er und seine Familie müssten sich in Quarantäne begeben.

Schnell zeigte sich, dass die Trucker innerhalb der Bevölkerung erheblichen Rückhalt haben. Eine große Zahl von Bürgern solidarisierte sich mit ihnen und versorgte sie bei Temperaturen um minus 20 Grad mit Nahrungsmitteln und Decken. Als die Polizei einschritt und den Truckern Benzinkanister wegnahm, um sie so zur Aufgabe zu zwingen, liefen zahllose Bürger demonstrativ mit Benzinkanistern durch die Straßen und boykottierten so die Maßnahme.

Nach kurzer Zeit sprang der Protest auf andere Städte und auch auf kleinere Orte in ganz Kanada über. Premierminister Trudeau regierte, indem er sich aus seinem Versteck heraus über das Fernsehen an seine Landsleute wandte und den Truckern vorwarf, Gewalt zu propagieren, Hakenkreuze zu schwenken und Obdachlosen das Essen zu stehlen. Die Trucker ließen sich durch seine Lügen nicht beirren, blieben friedlich und sperrten, um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen, den wichtigsten Grenzübergang in die USA, die Ambassador-Brücke zwischen Detroit und Windsor.

Doug Ford, Premierminister der Provinz Ontario, rief daraufhin am vergangenen Freitag den Notstand aus, der es ermöglicht, Geldstrafen in Höhe von 100.000 Dollar und Gefängnisstrafen von bis zu einem Jahr

gegen die Blockierer zu verhängen. Auch das schreckte die Trucker nicht. Erst als am Samstag die Polizei anrückte und eine gewaltsame Auseinandersetzung drohte, gaben sie den Übergang unter Hinweis auf ihre friedlichen Absichten wieder frei.

Selbst gegen die Trucker eingestellte Medien berichten inzwischen, dass 30 bis 40 Prozent der kanadischen Bevölkerung dem Protest wohlwollend gegenüberstehen. Das Marktforschungsinstitut Ipsos spricht sogar von 46 Prozent. Die BBC fragte am Samstag bereits besorgt, ob Trudeau dabei sei, seinen Kampf gegen die Trucker zu verlieren.

Die Sorge ist berechtigt, denn die Agenda der Trucker geht inzwischen weit über das anfängliche Ziel, die Zurücknahme der Impfpflicht, hinaus. Zum einen, da viele von ihnen in den vergangenen zwei Jahren durch den Frontalangriff auf den Mittelstand in existenzielle Not geraten sind, zum anderen aber auch, weil sie seit Einsetzen des Protests äußerst lehrreiche Erfahrungen mit dem digital-finanziellen Komplex gemacht haben.

Die von ihm bezahlten Mainstream-Medien betreiben seit fast drei Wochen systematische Hetze gegen die Trucker. Die sozialen Medien wiederum bemühen sich nach Kräften, Informationen über die Proteste zu unterdrücken und räumen der Gegenseite viel Platz für Diffamierungen und Verleumdungen ein.

Dazu kommt das empörende Verhalten der Internet-Spendenplattform GoFundMe, über die insgesamt knapp 11 Millionen Dollar für die Trucker eingegangen sind. GoFundMe hat sich nicht nur geweigert, das Geld auszuzahlen, sondern angekündigt, man plane, es an selbst ausgewählte Organisationen zu vergeben.

Diesem offensichtlich illegalen Akt hat sich am Freitag die Toronto-Dominion Bank angeschlossen, die ankündigte, sie werde 1,4 Millionen Dollar an eingegangenen Spenden nicht an die Trucker auszahlen, sondern einem Gericht in Ontario übergeben.

Zu diesen von der kanadischen Justiz unterstützten Rechtsbrüchen kommt das Verhalten der Politiker, von denen einige inzwischen dazu übergehen, auf Zeit zu spielen und aus taktischen Gründen die eine oder andere Lockerung zu versprechen.

Dass die Trucker nicht auf diese durchsichtigen Manöver eingehen und sich auch nicht provozieren lassen, zeigt bei aller politischen Unerfahrenheit wirkliche Größe. Vor allem aber hat ihr mutiges Verhalten rund um den Globus Nachahmer gefunden.

In Neuseeland und Australien, aber auch in den Niederlanden, in Belgien, Österreich und Frankreich haben sich ähnliche Bewegungen gebildet, die wiederum den ohnehin zunehmenden Protesten in aller Welt Aufwind geben und den aktuellen Machthabern erhebliche Kopfschmerzen bereiten.

Es ist gut möglich, dass die kanadischen Trucker damit als diejenigen in die Geschichte eingehen werden, die den ersten Dominostein bewegt und das globale Lügengebäude vom Schutz der Weltbevölkerung vor einer ultragefährlichen Seuche zum Einsturz gebracht haben.

Dennoch muss man trotz dieser positiven Entwicklung vor einer großen Gefahr warnen.

Die de-facto-Einführung der Impfpflicht hat nämlich ihren Grund, und der hat mit Gesundheit nichts zu tun. Er dient der vorsätzlichen Spaltung der Gesellschaft in einer Zeit, in der das globale Wirtschafts- und Finanzsystem zerfällt. Mit seiner Hilfe versucht der digital-finanzielle Komplex von sich selbst und seinen Machenschaften abzulenken und der Öffentlichkeit einen Schuldigen für den kommenden und mittlerweile unvermeidlichen Zusammenbruch zu präsentieren.

Der langfristige Erfolg der Trucker-Kampagne wird entscheidend davon abhängen, ob eine Mehrheit der Menschen diesen Zusammenhang erkennt. Die Aufgabe der Stunde heißt daher auch für die Trucker: umfassende und kompromisslose Aufklärung über die wahren Hintergründe der aktuellen Krise.

+++

Wir danken dem Autor für das Recht zur Veröffentlichung des Beitrags.

+++

Bildquelle: Gary A Corcoran Arts / shutterstock